

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuss)**

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz, Horst Seehofer, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/4778 (neu) –

Sofortprogramm zur Abwehr von Gefahren durch BSE

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Detlef Parr, Gudrun Kopp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/4852 –

Vorrang für einen vorsorgenden Verbraucherschutz bei der Bekämpfung von BSE

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Kersten Naumann, Dr. Ruth Fuchs, Rolf Kutzmutz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/4924 –

Soforthilfsprogramm für durch die BSE-Krise betroffenen Kommunen und Landwirte einrichten

4. zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5079 –

Klares Konzept zur Bekämpfung von BSE notwendig

5. zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Weisheit, Brigitte Adler, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/5085 –

BSE-Bekämpfung konsequent ausbauen

6. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/5097 –

Verbraucher vor BSE schützen – Landwirten helfen

A. Problem

Die Antragsteller fordern mit unterschiedlichen Gewichtungen in ihren Anträgen, die BSE-Bekämpfung in Deutschland und Europa verstärkt fortzuführen, den Verbraucherschutz weiter auszubauen, Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit der Abwehr von Gefahren von BSE zu fördern sowie eine finanzielle Unterstützung der Betroffenen vorzusehen.

B. Lösung

- zu 1) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4778 (neu) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.
- zu 2) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4852 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU
- zu 3) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4924 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
- zu 4) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5079 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der F.D.P. und PDS
- zu 5) Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5085 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
- zu 6) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5097 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P.

C. Alternativen

Annahme der Anträge auf Drucksachen 14/4778 (neu), 14/4852, 14/4924, 14/5079 und 14/5097 sowie Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5085.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/4778 (neu) abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/4852 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 14/4924 abzulehnen,
4. den Antrag auf Drucksache 14/5079 abzulehnen,
5. den Antrag auf Drucksache 14/5085 anzunehmen und
6. den Antrag auf Drucksache 14/5097 abzulehnen.

Berlin, den 7. Februar 2001

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Heidemarie Wright
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Albert Deß
Berichterstatter

Marita Sehn
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Heidemarie Wright, Ulrike Höfken, Albert Deß und Marita Sehn

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 137. Sitzung am 30. November 2000 die Anträge auf den Drucksachen 14/4778 (neu) und 14/4852 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Die Anträge auf den Drucksachen 14/4924, 14/5079, 14/5085 und 14/5097 wurden in der 143. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 2001 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Die Anträge auf den Drucksachen 14/5085 und 14/5097 wurden zusätzlich an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, der Antrag auf Drucksache 14/4924 zusätzlich an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Vorlagen in seiner 58. Sitzung am 24. Januar 2001 behandelt und in seiner 59. Sitzung am 7. Februar abschließend beraten.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Vorlagen beinhalten im Wesentlichen die Durchführung von Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren durch BSE, Regelungen zur Anwendung eines verstärkten Verbraucherschutzes, die Intensivierung und Koordinierung von Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit der BSE-Bekämpfung, eine Ausweitung von Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen und eine verschärfte Sanktionierung bei Verstößen gegen bestehende Vorschriften sowie Maßnahmen zu Entschädigungsregelungen für die Betroffenen. Im Einzelnen wird auf die Feststellungen und Maßnahmen der unterschiedlichen Vorlagen verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 60. Sitzung am 24. Januar 2001

- den Antrag auf Drucksache 14/4778 (neu) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. sowie
- den Antrag auf Drucksache 14/4852 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 77. Sitzung am 7. Februar 2001

- den Antrag auf Drucksache 14/4852 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS,
- den Antrag auf Drucksache 14/4924 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Frak-

tionen der F.D.P., der PDS und der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei zwei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU,

- den Antrag auf Drucksache 14/5097 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt und
- den Antrag auf Drucksache 14/5085 einstimmig bei sechs Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU angenommen.

Die Anträge auf den Drucksachen 14/4778 (neu) und 14/5079 wurden von den Mitgliedern der Fraktion der CDU/CSU im Ausschuss zurückgezogen; über diese Anträge erfolgte keine Abstimmung.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 66. Sitzung am 7. Februar 2001

- den Antrag auf Drucksache 14/4778 (neu) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS,
- den Antrag auf Drucksache 14/4852 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS,
- den Antrag auf Drucksache 14/4924 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 51. Sitzung am 7. Februar 2001

- den Antrag auf Drucksache 14/5085 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. und einige Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei vereinzelter Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU angenommen und
- den Antrag auf Drucksache 14/5097 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 39. Sitzung am 7. Februar 2001

- den Antrag auf Drucksache 14/5085 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen und
- den Antrag auf Drucksache 14/5097 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat die Vorlagen in seiner 58. Sitzung am 24. Januar und in seiner 59. Sitzung am 7. Februar 2001 behandelt.

Seitens der **Fraktion der CDU/CSU** wurde kritisiert, dass die Bundesregierung noch kein klares Rezept zur BSE-Bekämpfung vorgelegt habe. Um dem Verbraucherschutz künftig stärker Rechnung zu tragen, seien eine Reihe von Maßnahmen überfällig.

Hierzu gehöre, dass sich die Bundesregierung für ein unbefristetes und EU-einheitliches Verbot der Verfütterung von Tier-, Fischmehl und Tierfetten einsetze sowie für ein Verwendungsverbot dieser Materialien. Damit diese Verbote nicht unterlaufen werden, müsse allerdings auch der Import von Fleischprodukten und lebenden Tieren aus Ländern, in denen weiter Tier-, Fischmehl oder Tierfette verfüttert oder in denen keine BSE-Tests durchgeführt werden, verboten werden.

Eine Bestandstötung werde man unterstützen, wenn hierzu eine abgestimmte Aussage der Wissenschaftler vorliege und dies eindeutig und einheitlich geregelt werde.

Vordringlich sei jetzt, die Lagerbestände von nicht mehr zur Verfütterung erlaubten Futtermitteln auf den Betrieben kostenlos und unschädlich zu beseitigen.

Schließlich habe die Bundesregierung endlich klare Aussagen zur Beteiligung des Bundes und der EU an den gewaltigen Kosten zu machen, die infolge der BSE-Bekämpfung sowohl für die Landwirtschaft als auch für die vor- und nachgelagerten Bereiche entstehen.

Von der **Fraktion der F.D.P.** wurde ebenfalls erklärt, dass das Verfütterungsverbot von Tiermehl nur Sinn mache, wenn es EU-weit gelte, und zwar unbefristet. Auch müsse es auf Tierfette ausgedehnt werden.

Da eine BSE-Übertragung von Tier zu Tier bisher wissenschaftlich nicht bestätigt worden sei, sollte die totale Bestandskeulung ausgesetzt werden. Alternative hierzu sei die Kohortenschlachtung ähnlich dem Schweizer Modell, wobei allerdings nur die Tiere einer Kohorte ab einem gewissen Alter getötet werden sollten. Mit einer entsprechenden bundesgesetzlichen Regelung würde dokumentiert, dass der Bestand ansonsten infektionsfrei sei und die Milch verwertet werden könne. Darüber hinaus könnte wertvolles Zuchtmaterial erhalten bleiben.

Die von der EU vorgesehene Aufkaufaktion von Rindern zur Marktentlastung sei nur akzeptabel, wenn das Fleisch auch verwertet werde, was kreative Lösungsvorschläge von allen Seiten erfordere.

Von der **Fraktion der PDS** wurde unterstrichen, dass sich das verloren gegangene Vertrauen der Verbraucher nur über eine Bestandstötung wieder zurückgewinnen lasse.

Weiterhin wurde ein Soforthilfeprogramm zur finanziellen Entlastung der durch die BSE-Krise geschädigten Kommunen und Landwirte angemahnt und darauf hingewiesen, dass es hierzu widersprüchliche Aussagen innerhalb der Bundesregierung gebe.

Auch von den **Koalitionsfraktionen** sprach man sich für ein EU-weites vollständiges und unbefristetes Verfütterungsverbot von Tiermehl aus, in das auch tierische Fette

sowie weitere tierische Futterbestandteile EU-weit einbezogen werden sollten.

Allerdings wurden die Forderungen zurückgewiesen, die Bestandstötung auszusetzen und dafür nach dem Schweizer Modell eine Kohortenschlachtung durchzuführen. Die dortigen Bedingungen seien mit denen in Deutschland nicht vergleichbar, da man dort bereits von 1996 bis 1999 eine Bestandstötung durchgeführt habe. Erst dann sei man zur Kohortenschlachtung übergegangen, deren Beurteilung darüber hinaus schwierig sei, da keine flächendeckenden, sondern nur Stichprobentests durchgeführt würden. Auch wenn es schwer falle, einer Bestandstötung zuzustimmen, bestehe jedoch zurzeit sowohl aus Gründen des vorsorgenden Verbraucherschutzes als auch aus Gründen des Marktes hierzu keinerlei Alternative. Möglicherweise könne man aber in Deutschland auch schon früher von einer Bestands- zu einer Kohortentötung übergehen.

Schließlich sollten bei allen gefallenen und notgeschlachteten Tieren und bei Schlachttieren, die über 24 Monate alt sind, BSE-Tests durchgeführt werden.

Was das Marktentlastungsprogramm der EU betreffe, so sollten diejenigen, die forderten, das Rindfleisch nicht zu verbrennen, sondern zu verwerten, die Bauern auch darüber informieren, dass es dann keine finanzielle EU-Unterstützung in Höhe von 70 % gebe.

Hinsichtlich der Finanzierungsfragen erwarte man hier eine baldige Einigung zwischen Bund und Ländern. Allerdings müssten entsprechende Gebühren auch auf den Produktpreis durchschlagen.

Abstimmungsergebnisse im Ausschuss:

- zu 1) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4778 (neu) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.
- zu 2) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4852 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.
- zu 3) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4924 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
- zu 4) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5079 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der F.D.P. und PDS.
- zu 5) Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5085 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
- zu 6) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5097 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P.

Berlin, den 7. Februar 2001

Heidmarie Wright
Berichterstatlerin

Ulrike Höfken
Berichterstatlerin

Albert Deß
Berichterstatler

Marita Sehn
Berichterstatlerin

